



Das Osmanische Reich stieg ab dem 14. Jahrhundert zur entscheidenden Macht in Kleinasien auf. Ab dem 16. Jahrhundert beherrschte es Nordafrika, die Krim sowie fast den gesamten Nahen Osten. Der Namensgeber der Dynastie war Osman I. (1281–1326), Herrscher über einen Nomadenstamm im nordwestlichen Anatolien. Osman begann 1299 eine Eroberungspolitik, die seine Nachfolger fortsetzten. Hatten sich die osmanischen Heere 1389 auf dem Amselfeld im Balkanraum etabliert und 1453 Konstantinopel erobert, führte ihre Expansion im Jahre 1529 bis vor die Tore Wiens. Die Furcht vor der Unbesiegbarkeit der türkischen Truppen schwand erst nach der zweiten Niederlage der Osmanen vor Wien im Jahre 1683.

Muslimen, Christen und Juden in den Provinzen des Nahen Ostens waren eingebunden in ein kompliziertes, straff organisiertes Kontroll- und Verwaltungssystem. Der osmanische Staat ließ allerdings den christlichen und jüdischen Untertanen und deren Religionen durchaus Freiräume, wofür sie eine Kopfsteuer entrichten mussten. Regionale Herrschaftsstrukturen bestanden unter osmanischer Oberhoheit zum Teil weiter fort. Der beginnende Niedergang des Osmanischen Reichs ab dem 18. Jahrhundert ließ arabische Gegenkräfte erstarken und führte zu zahlreichen Konflikten. Sie fanden Unterstützung insbesondere bei den europäischen Kolonialmächten.

Die Abbildung zeigt Sultan Osman I. mit Befehlshabern in einer Farblithographie aus dem Jahr 1969.

Die Osmanenzeit im Nahen Osten

Der Begriff »Naher Osten« umfasst im weitesten Sinne die gesamten außereuropäischen Besitzungen des Osmanischen Reiches und den Iran. Dort wird er jedoch hauptsächlich für die arabischen Provinzen verwendet, wo die osmanische Herrschaft etwa 400 Jahre dauerte. Da die Osmanen genauso sunnitische Muslime waren wie die Mehrheit der Araber und die Rechtsprechung auf der Scharia basierte, würde man zunächst nicht annehmen, dass die osmanische Regierung in der Region als Fremdherrschaft interpretiert werden könnte. Tatsächlich ist jedoch genau dies in den arabischen Ländern heute überwiegend der Fall. Islamistische Gruppierungen unterstellen den Osmanen, nicht wahrhaft muslimisch gewesen zu sein und nicht nach Normen des Islams gehandelt zu haben. Arabische Nationalisten begreifen die Periode als »Türkenjoch«, geprägt von einer »Türkisierungspolitik« gegenüber den Arabern. In syrischen Schulbüchern etwa gelten die Türken auch heute noch als Zerstörer der »großen arabischen Zivilisation«.

Derartige Interpretationen von Geschichte sind wohl darauf zurückzuführen, dass sich die neu etablierten Staaten in der Region bei ihrer Identitätssuche und Nationsbildung von dem Reich der Osmanen abgrenzen wollten. Hinzu kam die antiosmanische Propaganda der europäischen Kolonialmächte, welche die Geschichtsschreibung in den arabischen Ländern beeinflusste. Freilich gibt es auch positive Erinnerungen und Erzählungen über die Osmanen als Beschützer der arabischen Völker vor den »imperialistischen« Ambitionen der Kolonialmächte und der »Zionisten«.

Die Eroberung durch die Osmanen

Das Osmanische Reich war bis in das 16. Jahrhundert hinein ein kleinasiatisch-europäisches Reich und hatte mit Adrianopel (Edirne) beziehungsweise Istanbul seine wichtigsten Zentren auf dem Balkan und in Anatolien. Der Nahe Osten stand unter der Herrschaft anderer islamischer Mächte wie der Mamluken

im heutigen Ägypten und zahlreicher kleiner Fürstentümer. Nach der Eroberung Konstantinopels 1453 wuchs der osmanische Staat jedoch zu einem Großreich heran, und die Rivalität mit den im Nahen Osten herrschenden Dynastien lenkte das osmanische Interesse verstärkt auf diese Region. Eine wirkliche Gefahr entstand den Osmanen lediglich durch die türkischstämmige Safawidendynastie. Diese beherrschte zu Beginn des 16. Jahrhunderts weite Teile des Nahen Ostens, besonders den heutigen Iran. Während im Osmanischen Reich der sunnitische Glaube vorherrschte, setzte sich im iranischen Kernland die schiitische Glaubenslehre durch. Der safawidische Herrscher Schah Ismail I. (1484–1524) war zugleich eine charismatische und mystisch-religiöse Führerfigur. Er gewann viele Anhänger unter den Turkmenen aus den östlichen osmanischen Herrschaftsgebieten. Unruhen und prosafawidische Aufstände dieser »Kızılbaş« genannten Gruppierungen stürzten das Osmanische Reich schließlich in eine Existenzkrise.

Der osmanische Sultan Bayezid II. (1481–1512) hatte enorme Schwierigkeiten, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Er wurde von seinem Sohn Selim I. abgesetzt. Selim der »Gestrenge« (1512–1520) begann eine massive Unterdrückungspolitik und ließ – nach traditioneller Sicht – bis zu 40 000 Anhänger der »Kızılbaş« hinrichten. Dann zog er gegen die Safawiden und errang im August 1514 einen entscheidenden Sieg gegen die Armeen von Schah Ismail in Çaldıran in Ostanatolien. Die politische Ausdehnung der wichtigsten schiitischen Macht auf Anatolien und auf arabische Gebiete wurde dadurch für die nächsten 400 Jahre gestoppt. Die schiitischen Gemeinden, von der osmanischen Regierung als Irrgläubige betrachtet, blieben allerdings unter der Osmanenherrschaft weiterhin bestehen. Bis heute gehört ein erheblicher Teil der Bevölkerung im Nahen Osten einschließlich der Türkei nicht ausschließlich dem sunnitischen Glauben, sondern einer Vielzahl anderer Glaubensrichtungen und -bekenntnisse (etwa Kopten, Schiiten, Aleviten; vgl. auch das Schaubild auf S. 231).

Das Osmanische Reich eroberte Ostanatolien und den Nordirak, aber die restlichen arabischen Gebiete von Syrien bis zu den heiligen Stätten Mekka und Medina standen weiterhin unter der Herrschaft der Mamluken. Das islamische Oberhaupt, der

Schiiten und Sunniten

Schia und Sunna sind die beiden größten Konfessionen im Islam. Die Schiiten stellen mit 110 Millionen Angehörigen rund 15 Prozent der Muslime. Sie haben ihren Ursprung in der Auseinandersetzung um die legitime Prophetennachfolge. Die Schiiten erkennen von den vier Nachfolgern Mohammeds lediglich den letzten Kalifen Ali, den Schwiegersohn Mohammeds, als rechtmäßig an. Zentraler Bestandteil des schiitischen Glaubens ist das Imamatum. Ali wird als erster Imam angesehen, seine beiden Söhne als zweiter und dritter. Das Imamatum wird in direkter männlicher Nachfolge der Prophetenfamilie vererbt. Nach schiitischer Lehre ist der zwölfte Imam nicht gestorben, sondern lebt vielmehr im Verborgenen fort und wird eines Tages als Messias erscheinen, um die Herrschaft der Tyrannen zu beenden und Gerechtigkeit walten zu lassen (andere schiitische Gruppen zählen nur fünf beziehungsweise sieben anerkannte Imame). Nach schiitischer Lehre muss die Leitung des islamischen Staatswesens in den Händen eines Mitglieds der Familie des Propheten Mohammed liegen, die als Trägerin eines besonderen, von Gott verliehenen Charismas angesehen wird.

Im sunnitischen Islam ist hingegen nicht die Herrscherpersönlichkeit das entscheidende Kriterium für Wohl und Wehe des Staates. Im Zentrum steht die rechte Befolgung und Anwendung religiöser Prinzipien sowie die Einhaltung der in der Gemeinde gepflogenen, anerkannten prophetischen Tradition, der Sunna, was übersetzt soviel wie »gewohnte Handlung« oder »eingeführter Brauch« bedeutet. Die Sunna gilt neben dem Koran als zweite religiöse Quelle des Islams. Heute sind 85 Prozent aller Muslime Sunniten. Lange Zeit prägten vier Rechtsschulen Lehre und Interpretation der prophetischen Tradition. Außerdem bestimmten sie verbindlich allgemeine Lebenseinstellungen, die sich stets auf die Sunna beziehen.

Seit dem 17. Jahrhundert sind die früheren Rechtsschulen auch im Islam umstritten. Einerseits forderten Gelehrte immer wieder die Rückkehr zum authentischen Wort des Propheten, andererseits wollten weltliche Herrscher stärkeren Einfluss auf Erziehung und Bildung nehmen. Mit der Herausbildung der Nationalstaaten im 20. Jahrhundert entwickelten sich eigene Rechts- und Bildungssysteme, die zwar oft die Lehrmeinung übernahmen, sie jedoch auch individuell fortentwickelten.

(ft)

Kalif, lebte im Zentrum des Mamlukenreiches, in Kairo. Selim I. begann im Jahre 1516 einen großen Feldzug gegen die Mamluken, eroberte zunächst Aleppo und dann Damaskus. Nach einem Sieg bei Gaza durchquerte er die Sinaiwüste, vernichtete im Januar 1517 die mamlukische Armee und eroberte Kairo. Mit der Unterwerfung der Mamluken gerieten die Gebiete bis einschließlich Mekka, Medina und Jemen unter osmanische Herrschaft. Selim I. brachte die islamischen Insignien, wie die Fahne und das Schwert des Propheten, nach Istanbul. Die Nachfolger Selims I. hatten infolgedessen auch den Titel des Kalifen, des obersten Gläubigen, inne. Damit übernahm er die Herrschaft über die heiligen Städte Mekka und Medina sowie den Schutz der Pilger. Die osmanische Herrschaft im Nahen Osten, die 1516 begann, endete erst mit dem Ersten Weltkrieg.

Verwaltung der arabischen Territorien

Während ein Teil der arabischen Gebiete unter direkte osmanische Zentralverwaltung gestellt wurde, blieben andernorts lokale Herrschaftsformen unter osmanischer Hoheit bestehen. Die wichtigsten Gouvernements (»Eyalet« genannt, später »Vilayet«) im nordöstlichen arabischen Gebiet waren Raqqa, Mossul, Bagdad und Basra (ab 1534 osmanisch). Die Eroberungen von 1516/17 wurden zunächst als »Arabische Provinz« organisiert. Nach 1520 unterteilte man die Arabische Provinz in mehrere Vilayets. Die wichtigsten in Syrien und Palästina waren Haleb (Aleppo), Trablus (Tripolis im heutigen Libanon), Şam (Damaskus) und Saida (Sidon), die aus einem Zentrum und mehreren weiteren Verwaltungsdistrikten bestanden. Im Laufe der folgenden Jahrhunderte erlebten diese Vilayets zahlreiche Grenzänderungen. Das größte Vilayet in der Region bildete Şam, zu welchem unter anderem auch Beirut, Gaza, Golan, Homs und Jerusalem (Al-Quds/Kudüs) gehörten. Der osmanische Gouverneur im Rang eines Paschas mit dem Sitz in Damaskus war auch für die Sicherheit der Mekkapilger verantwortlich. Jerusalem war zeitweise ein eigenes Vilayet und umfasste 1912 die Distrikte Jaffa, Gaza, Beerscheba und Hebron. Ägypten wurde seit 1520 als eigener Verwaltungsbezirk organisiert und hatte eine größere

Das Reich des Kalifen

Kalif bedeutet »Vertreter des Gesandten Gottes«. Der Kalif ist weltlich-religiöser Herrscher in der muslimischen Welt, gelegentlich wird er auch als Imam bezeichnet. Er ist für die Durchsetzung der Gesetze, die Verteidigung und Vergrößerung des Herrschaftsgebietes, die Verteilung von Beute und Almosen sowie die Überwachung der Regierenden zuständig. Als Wächter des Glaubens ist er nur an die Scharia, die von Gott gesetzte Ordnung, gebunden.

Nach dem Tod des Propheten Mohammed im Jahre 632 war nicht geregelt, wer sein Nachfolger werden sollte. Mohammed selbst hatte keine direkten männlichen Nachfahren. Er war einerseits religiöses Oberhaupt gewesen und andererseits Herrscher über das Gebiet, in dem die Gläubigen lebten. Die muslimischen Gemeindeführer stellten für die Nachfolge erste Regeln auf: Der Nachfolger musste ein Araber aus dem Stamm Mohammeds sein, verantwortlich für die Einhaltung der Regeln des Islams. Die Verbreitung der Bewegung sollte er mit allen Mitteln, notfalls auch durch Krieg, vorantreiben. Die Mehrheit der muslimischen Führer wählte Abu Bakr, den Vater von Mohammeds Lieblingsfrau. Dieser nahm den Titel »chalifat rasul Allah« an. Ihm folgten drei weitere Kalifen, von denen der letzte per Wahl bestimmte, Ali, der Schwiegersohn Mohammeds, 661 ermordet wurde. Alis ältester Sohn schlug die Nachfolge aus. Von nun an ging der Titel durch Erbe über – oder durch Kriege an andere Stämme. Im Jahre 1055 endete die weltliche Herrschaft der Kalifen, während sie weiterhin die religiösen Oberhäupter blieben. 1517 fiel das Kalifat an die Osmanen. Die türkische Republik schaffte es 1924 endgültig ab. Immer wieder wird von manchen Muslimen über die Wiedereinführung des Kalifats nachgedacht. (f)

Selbstständigkeit als die oben beschriebenen. Die Stadt Mekka selbst stand unter der Verwaltung des Scherifen von Mekka, der aus der Familie des Propheten stammte. Die Region wurde allerdings von einem osmanischen Pascha verwaltet. Jemen geriet ab 1517/18 zumindest teilweise, die arabischen Gebiete in Nordafrika im Laufe des 16. Jahrhunderts ganz unter osmanische Herrschaft (Algerien 1516, Tunis 1535, Libyen 1551).

Die Bevölkerung in den arabischen Provinzen bestand zum größten Teil aus Muslimen. Die Region war jedoch auch Heimat zahlreicher arabischsprachiger Christen und Juden (Kopten in Ägypten, Maroniten im Libanon, Jakobiten in Syrien und weitere kleinere Gruppierungen wie die Nestorianer oder die aus Spanien im Zuge der Reconquista vertriebenen Juden). Die Patriarchate – wie die Amtsbereiche von kirchlichen Oberhäuptern der orthodoxen Kirchen genannt werden – von Antiochia, Jerusalem und Alexandria standen nun unter osmanischer Herrschaft. Die Stadt Jerusalem selbst war mehrheitlich muslimisch mit einer kleineren Gemeinde von Christen und Juden. Beide Gruppen, nach islamischem Verständnis Angehörige der »Buchreligionen«, durften unter osmanischer Herrschaft als »Schutzbefohlene« (*dhimmi*) ihre Religion ausüben. Sie erhielten eine Art kirchliche Autonomie (das sogenannte Millet-System), welche die Regelung familien- und erbrechtlicher Angelegenheiten innerhalb ihrer eigenen Kirche erlaubte. Nennenswerte Konflikte zwischen den Muslimen und Nichtmuslimen blieben in der Osmanenzeit aus.

Die Ägyptenkrise, das Aufkommen der Wahhabiten und die Einflussnahme der Kolonialmächte

Das osmanische Verwaltungssystem war bis in das 17. Jahrhundert hinein relativ stabil. Mit der gescheiterten Belagerung Wiens 1683 erlebte das Reich eine erste große Niederlage gegen die vereinigten Armeen der »Heiligen Allianz« (Österreich, Polen, Venedig und Russland). Aufgrund der wachsenden Defizite im osmanischen Verwaltungssystem und der großen Inflation hatte die Zentralverwaltung im 18. Jahrhundert zunehmend Schwierigkeiten, in den Provinzen Steuern einzutreiben und Soldaten zu rekrutieren. Die Regierung begann mit den lokalen Machtinhabern zusammenzuarbeiten, was im Endeffekt zu einer weiteren Bereicherung und dem Machtgewinn dieser Magnaten führte. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts versuchte die Zentralmacht erneut die Kontrolle über die Provinzen zu erlangen,



Deutsche Landkarte des Osmanischen Reiches von 1795

was zahlreiche Aufstände der lokalen Herrscher provozierte. So wurde Ägypten unter Mehmed Ali Pascha, einem Gouverneur albanischer Abstammung, zu einer weitgehend selbstständigen Provinz. Im darauffolgenden Krieg besiegte ein ägyptisches Heer die osmanische Zentralarmee und marschierte bis in das anatolische Kernland. Zwischen 1832 und 1840 blieben unter anderem die Gouvernements Haleb (Aleppo) und Şam (Damas-kus) unter ägyptischer Kontrolle. Nur mit Hilfe der Westmächte konnte der Sultan die ägyptische Frage lösen. Am Ende dieses Konfliktes gewann Ägypten einen halbautonomen Status unter osmanischer Herrschaft.

Eine weitere Bedrohung stellte die Entstehung der wahhabitischen Bewegung dar, die im 18. Jahrhundert einen radikalen Islam propagierte und sich auf der arabischen Halbinsel verbreitete. Der Clan der Sauds übernahm die militärische Führung der Wahhabitiden in einem »Heiligen Krieg« gegen die osmanische

Wahhabismus

Wahhabiten sind die Anhänger der Wahhabiya, einer dogmatischen Richtung des sunnitischen Islams. Ihre Verfechter beziehen sich auf Mohammed Ibn Abd al-Wahhab (1703–1792) und auf dessen Auslegung der ursprünglichen Lehre des Islams. Ihrem Selbstverständnis nach die einzigen Vertreter des »reinen« Islams, sehen die Wahhabiten dessen Verbreitung unter anderen Muslimen als legitimen Kampf (Dschihad) an. In Saudi-Arabien ist der Wahhabismus Staatsreligion. (bc)

Regierung, besetzte zu Beginn des 19. Jahrhunderts Mekka und Medina und versperrte »ungläubigen« Pilgern – Muslimen, die nicht der »reinen« Lehre des Wahhabismus folgten – den Weg in die Heiligen Städte. Der Gouverneur von Ägypten eroberte daraufhin 1811 diese Städte zurück und unterdrückte bis 1818 den wahhabitischen Aufstand. Die Wahhabiten, Vorbild heutiger radikalislamischer Bewegungen, etwa der Al-Qaida, wurden von den Briten weiter im Kampf gegen die osmanische Regierung unterstützt und standen während des Ersten Weltkriegs an der Seite Großbritanniens. Mit britischer Hilfe gelang den Saudis die Gründung Saudi-Arabiens.

Die Kolonialmächte versuchten im 19. Jahrhundert auch auf osmanischem Boden Fuß zu fassen. So besetzten die Franzosen 1830 die Stadt Algier und brachten das heutige Algerien bis 1847 unter französische Herrschaft. 1881 wurde Tunesien französisches Protektorat. Kuwait stand faktisch unter britischer Kontrolle. Ägypten wurde 1882 von den Briten besetzt, der Sudan 1899 britisch-ägyptisches Herrschaftsgebiet.

Sultan Abdülhamid II. und der Niedergang der osmanischen Herrschaft

Mehr als alle anderen Herrscher gilt Abdülhamid II. (1876–1909) in der heutigen arabischen Welt als Sultan, der seinen Kalifentitel benutzte, um eine islamische, von Zeitgenossen als panislamistisch verstandene Politik zu verfolgen. Abdülhamid hatte

arabische Berater und enge Vertraute. Er lud arabische Stammesführer unter anderem aus dem ständigen Aufstandsgebiet Jemen nach Istanbul ein, um ihre Loyalität zu gewinnen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts versuchte Großbritannien einen arabischen Kalifen zu installieren; durch die Entfaltung arabischen Nationalgefühls bedrohte es die osmanische Herrschaft in der Region. Dem wachsenden Einfluss Großbritanniens und Frankreichs im Nahen Osten begegnete Abdülhamid, indem er als Gegengewicht das deutsche Engagement im Osmanischen Reich förderte (etwa das Bagdadbahnprojekt). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts ließ er zur Erleichterung der Pilgerfahrt und natürlich auch des Truppentransports eine Eisenbahnlinie von Syrien nach Mekka und Medina bauen (Hidschasbahn, benannt nach der Region um Mekka). Gegen die französischen Missionarsschulen, die vor allem in Syrien und im Libanon unter den christlichen Maroniten große Erfolge erzielten, weitete er das osmanische Schulsystem in den arabischen Provinzen aus. Tausende Juden, die seit den frühen 1880er-Jahren unter anderem von der russischen Regierung verfolgt wurden, flüchteten ins Osmanische Reich

Jungtürken

Bei den sogenannten Jungtürken (türk. *Jöntürkler*) handelte es sich um eine Gruppierung aufgeklärter Angehöriger der muslimischen Elite, der zahlreiche modernisierungswillige Lehrer und Beamte zuströmten. Die Jungtürken versuchten seit 1889, liberale Reformen durchzusetzen und dem Land eine konstitutionelle Staatsform zu geben. Ihre zunächst illegale Arbeit verstanden sie als Beitrag zur Rettung des im Niedergang befindlichen Osmanischen Reiches. Nach einem erfolgreichen Aufstand gegen den Sultan 1908 stellten die Jungtürken nach einem Militärputsch von 1913 bis 1918 eine Regierung unter Führung von Enver, Cemal und Talat Pascha, die mit diktatorischen Mitteln den Staatszerfall aufzuhalten versuchte, aber am Ende des Ersten Weltkriegs mit der Niederlage des Osmanischen Reiches abdankte. Viele Jungtürken betätigten sich nach 1923 in der Türkischen Republik Kemal Pascha Atatürks in einer neu entstandenen Republikanischen Volkspartei, bis heute eine der zentralen, der Sozialdemokratie nahestehenden politischen Kräfte im Land. (bc)

und siedelten sich in Palästina an. Von Abdülhamid II. wird behauptet, er habe versucht zu verhindern, dass Juden in Palästina Land kauften, weil er das Entstehen Israels vorhergesehen habe. Deswegen ist die Erinnerung an ihn in der arabischen Welt, vor allem in Palästina, merklich positiv.

Abdülhamid II., wegen seines absolutistischen Regierungsstils heftig kritisiert, wurde von oppositionellen Konstitutionalisten, den sogenannten Jungtürken, 1908 gezwungen, die Verfassung von 1876 wieder einzuführen und schließlich 1909 abgesetzt. Im 1908 wieder eröffneten osmanischen Parlament in Istanbul saßen arabische Abgeordnete aus verschiedenen Regionen wie etwa aus Syrien, dem Irak, dem Hidschas, aus Jemen und Tripolitanien (im nordwestlichen Libyen). Die »Partei für Einheit und Fortschritt«, die das Reich regierte, versuchte eine säkulare Zentralisierungspolitik zu betreiben, welche jedoch in den konservativen Schichten der arabischen Welt auf Ablehnung stieß und sogar Aufstände provozierte. Der arabische Nationalismus erlebte einen Aufschwung, sodass die Kluft zwischen Jungtürken und Arabern wuchs. Die arabischen Abgeordneten blieben dem Osmanischen Reich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges treu.

Das im kolonialen Wettlauf verspätete Italien griff im Jahre 1911 Libyen an. Jungtürkische Offiziere, darunter Enver Bey, später Pascha und Kriegsminister während des Ersten Weltkrieges, sowie der Gründer der Türkischen Republik Mustafa Kemal (Atatürk), konnten die italienische Besatzungsarmee stoppen. Nach dem Beginn des Balkankrieges 1912, in dem das Osmanische Reich fast seine gesamten europäischen Besitzungen verlor, brach jedoch der osmanische Widerstand zusammen. Libyen wurde italienische Kolonie. 1914 trat das Osmanische Reich aufseiten der Mittelmächte in den Ersten Weltkrieg ein. Die arabischen Provinzen des Reiches wurden zum Kriegsschauplatz zwischen den osmanischen und britisch-französischen Armeen. Der Befehlshaber der dortigen osmanischen Truppen, Cemal Pascha, ließ während des Krieges zahlreiche arabische Nationalisten hinrichten, die mit den Alliierten kollaborierten. So kam es etwa 1916 in Beirut zu einer Massenexekution auf dem »Place des Canons«, der heute zur Erinnerung an dieses Ereignis »Place des Martyrs« heißt. Das osmanische Heer versuchte zunächst die

englische Armee in Ägypten zu schlagen, im Verlauf des Krieges rückten jedoch englische Truppen bis Palästina vor. 1918 befanden sich Syrien und der Irak in alliierter Hand. Die Niederlage der Mittelmächte markierte auch das Ende des Osmanischen Reiches. Dessen arabische Provinzen wurden nun zwischen Großbritannien und Frankreich aufgeteilt. Die aus den Trümmern entstandene Republik Türkei erbte vom Reich lediglich das Kalifat als wichtigste Verbindung zur islamisch-arabischen Welt. Die laizistische Republik – sie forderte eine strikte Trennung von Staat und Religion – schaffte diese Einrichtung 1924 ab und distanzierte sich damit von den arabischen Ländern.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen des frühen 20. Jahrhunderts sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Osmanenzeit zuvor vom weitgehend friedlichen Zusammenleben von Muslimen, Christen und Juden gekennzeichnet war. Ähnlich wie im Vielvölkerreich Österreich-Ungarn gab es im osmanischen Staat zahlreiche Anknüpfungspunkte, die bei der Bewältigung der heutigen ethnisch-religiösen Konflikte im Nahen Osten als Vorbild dienen könnten. Im Rahmen der Modernisierungsbemühungen der osmanischen Regierung gelangten westliche Ideen einer konstitutionellen beziehungsweise parlamentarischen Verfassung, aber auch Errungenschaften wie die allgemeine Schulpflicht in die Region. Osmanische Einflüsse sind im Nahen Osten bis heute in vielen Bereichen nachweisbar, insbesondere im Verwaltungs- und Rechtssystem.

Mehmet Hacısalihoğlu